

GUTACHTEN

über die Qualität der Studienangebote und der Lehre am
Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft (IPK)
der Universität Greifswald
im Rahmen eines Verfahrens gemäß § 3a LHG M-V

zu den Studiengängen
Politikwissenschaft (BA und MA)
Kommunikationswissenschaft (BA)
Organisationskommunikation (MA)
Sprache und Kommunikation (MA)

Juli / September 2023

Gutachtergruppe:

- Prof. Dr. Markus Behmer (Universität Bamberg, Kommunikationswiss.)
- Prof. Dr. Eva Heidbreder (Universität Magdeburg, Politikwiss.)
- Katrin Kleedehn (Universitätsmedizin Greifswald, Wissenschaftsredakteurin /
Berufspraxis Kommunikationswiss.)
- Carolin Reichert (Universität Hamburg / studentische Gutachterin)
- Maximilian Ziesche (Referent für Gesundheitspolitik, TK-Landesvertretung Mecklenburg-Vor-
pommern / Berufspraxis Politikwiss.)

Schriftliches Gutachten, 15. September 2023
Rev. Fassung vom 25.10.2023: S. 11 bzgl. Bearbeitungsfrist und Abgabe der Hausarbeiten angepasst

Einleitung

Die Universität Greifswald verfügt über ein sehr gut strukturiertes Verfahren zur Evaluation der Lehreinheiten hinsichtlich der Prüfung und Einhaltung der Qualitätsstandards, in dem externen Sachverständigen eine wichtige Rolle zufällt. Im hier vorliegenden Dokument kommen die externen Gutachter*innen dem Auftrag nach,

- das Profil des Instituts für Politik und Kommunikationswissenschaft (IPK) und
- die fachlich-inhaltliche Qualität der vom IPK verantworteten Studienangebote

knapp darzustellen, zu bewerten und Hinweise respektive Empfehlungen zur möglichen Weiterentwicklung zu geben.

Den Gutachtenden wurden dazu im Vorfeld sehr umfangreiche, vielfältige und aussagekräftige Unterlagen (ein umfassender Reflexionsbericht des IPK, Studien- und Prüfungsordnungen, Hochschulentwicklungsplan resp. Zielvereinbarung, Gutachten der vorangegangenen Akkreditierung aus dem Jahr 2016 u.a.m.) zur Verfügung gestellt. Zudem erfolgte vorab eine konstituierende Vorbesprechung des Gutachtengremiums und der Integrierten Qualitätssicherung.

Während der Begehung am 13. und 14. Juli 2023 konnten die Gutachtenden durch intensive Gespräche mit allen relevanten Akteursgruppen – Mitglieder der Universitäts- und Fakultätsleitung; Institutsleitung, Studiengangverantwortliche, Lehrende, Studierende, leitende Verwaltungskräfte (Studienberatung, Prüfungsamt, International Office) sowie das Qualitätsmanagement-Team – sehr gute Einblicke in die Gegebenheiten vor Ort gewinnen. Alle Fragen wurden umfassend und konzise beantwortet, so dass es möglich war, sämtliche für den Prüfauftrag relevanten Informationen zu bekommen und die Qualitäten wie manche Probleme des Institutsprofils, der Ausstattung, der Studiengangskonzeptionen und ihrer Umsetzung solide einschätzen zu können. Besonderer Dank gebührt auch den Protokollführenden, die die insgesamt acht Gesprächsrunden im Rahmen der Begehung präzise und prägnant dokumentiert haben.

1 Profil des Instituts und Rahmenbedingungen von Studium und Lehre

Das im Jahre 2008 aus einer Fusion des Instituts für Politikwissenschaft und der, aus dem Institut für Deutsche Philologie ausgegliederten, Kommunikationswissenschaft entstandene IPK macht den Eindruck einer wohl funktionierenden Organisationseinheit. Das Institut hat sich in den 15 Jahren seines Bestehens gut etabliert. Die Anregungen und Empfehlungen der vor nunmehr gut sieben Jahren erfolgten vorangegangenen Evaluationsrunde wurden sehr ernsthaft thematisiert und konnten, wie *cum grano salis* schon vorab festgestellt werden kann (im Einzelnen wird darauf noch eingegangen), weithin sehr zielführend umgesetzt werden.

Das Zusammenwirken zweier Facheinheiten aus dem Bereich der theoriegeleiteten empirischen Sozialforschung, eben der Politik- und der Kommunikationswissenschaft, konnte – so wurde in den Gesprächsrunden und auch bei der Ortsbegehung deutlich – durch die räumliche Zusammenlegung auf einem Stockwerk im Gebäude Ernst-Lohmeyer-Platz 3 intensiviert werden, so dass das IPK sich nun stärker als Einheit empfindet und auch nach außen koordinierter auftreten kann, was auch zu Forschungsk Kooperationen führen kann, gibt es doch thematisch-inhaltlich wie methodisch deutliche Schnittmengen. Die unmittelbare Büronachbarschaft trage, so wurde mehrfach betont, auch zum kollegialen Miteinander bis hin zu einer geradezu „familiären Atmosphäre“ bei, die immer wieder als großer Pluspunkt auch von Lehre und Studium in den Studiengängen des IPK konstatiert wurde.

Beide Fachrichtungen, die Politikwissenschaft wie die Kommunikationswissenschaft, weisen ein klar sozialwissenschaftliches Profil auf; sie sind primär theorie- und forschungsorientiert, wobei sie in der Lehre auch manche Praxisbezüge haben.

Die jeweiligen Schwerpunktsetzungen – im Bereich der Politikwissenschaft insbesondere Internationale Beziehungen und Regionalstudien (gerade auch bezogen auf den Ostseeraum), Vergleichende Regierungslehre, Politische Theorie, Politische Soziologie und Methoden sowie Ländliche Nachhaltigkeit; bei der Kommunikationswissenschaft v.a. Kommunikationsethik und Organisationskommunikation – wirken plausibel, wohl konzipiert und den Standortgegebenheiten und -möglichkeiten (die den Anspruch einer Vollvertretung der beiden Disziplinen in ihrer ganzen Breite kaum sinnvoll erscheinen ließe) wohl angemessen.

Wünschenswert wäre eine weitere Stärkung des sozialwissenschaftlichen Profils der Universität etwa durch die Einrichtung eines soziologischen Fach- und Lehrbereichs, doch wurde insbesondere in den Gesprächen mit den Mitgliedern der Universitätsleitung deutlich, dass dies aufgrund der insgesamt prekären Ressourcenausstattung der Universität mindestens in absehbarer Zeit nicht umsetzbar ist, sei doch allein die Bestandswahrung bestehender Lehreinheiten bereits eine große Herausforderung. Die Konzentration der Institutsleitung auf die Bestandswahrung und die vorausschauenden und aktiven Bemühungen, möglichst gestaltend statt reaktiv mit bereits spürbaren Kürzungen umzugehen, sind die zentrale Zielsetzung für das IPK und leiten auch die folgenden Ausführungen.

1.1 Perspektiven des Instituts

Die hohe Akzeptanz des Instituts innerhalb der Fakultät wird von der Fakultätsleitung und auch der Universitätsleitung ebenso betont wie die große Bedeutung, die dieses Institut aufgrund der hohen Studierendenzahlen für die gesamte Fakultät hat. Faktisch unterstrichen wird die Wertschätzung für das IPK dadurch, dass es als einziges Institut der Fakultät in jüngsten Einsparungen nicht von Mittelkürzungen betroffen gewesen sei. Stattdessen hat es sogar einen leichten Ausbau gegeben.

Gleichwohl sollten angesichts der großen Bedeutung des Instituts auch im Gesamtkonzept der Universität Greifswald weitere Möglichkeiten sondiert werden, wie die Hochschulleitung durch eine flexiblere Ausgestaltung des Personalkonzepts unterstützend tätig werden kann. Die hohe Personalverpflichtung, die sich aus dem hohen Anteil an Dauerstellen in der Fakultät ergibt, darf nicht zu Lasten eines sich dynamisch entwickelnden Instituts gehen. Besonders relevant erscheint dies angesichts des Umstands, dass im Bereich der Politikwissenschaft durch den Wegfall von Mitteln aus dem Hochschulpakt bereits zum Wintersemester 2023/24 1,5 wiss. Mitarbeiterstellen wegfallen werden und ein Jahr später die Juniorprofessur für Vergleichende Politikwissenschaft auslaufen resp. in den Lehrstuhl überführt werden wird. Dadurch ggf. entstehende Engpässe sollten sorgsam im Blick behalten werden. Darüber hinaus seien beide Fachbereiche im Vergleich zu anderen Instituten in Deutschland sächlich und finanziell gering ausgestattet. Dies nimmt Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit des Instituts hinsichtlich der Studienplatzvergabe, Arbeitsplatzattraktivität und Drittmittelwerbung. Diese spärliche Ausstattung sei vor allem Ausdruck der allgemeinen Unterfinanzierung der Hochschule in Mecklenburg-Vorpommern. Zu beachten ist, dass aus dieser Gesamtkonstellation im IPK eine relativ hohe Anzahl prekär Beschäftigter (befristete angestellte Mitarbeiter*innen sowie Lehrbeauftragte) zentrale Aufgaben im Management und der curricularer Kernlehre übernehmen. Vor allem in der Kommunikationswissenschaft wird durch Lehraufträge das Curriculum maßgeblich aufgewertet, sie dienen nicht allein dem Abbau von „Überhängen“ (also Studierenden, die länger als in Regelstudienzeit studieren). Aus gesamtuniversitärer Perspektive ist zu beachten, dass eine Streichung dieser nicht verstetigten Positionen weitreichende Konsequenzen für die Curricula, die Studierendenbetreuung und somit die Konkurrenzfähigkeit der Studiengänge des IPK hätten.

Dass das IPK in der Zielvereinbarung der Universität mit dem Land für den Zeitraum 2021 bis 2025 keine explizite Erwähnung finde, wurde plausibel mit den Vorgaben des Ministeriums für die Abfassung des Papiers begründet. Gleichzeitig ist wünschenswert, dass die Besonderheiten des IPK in anstehenden Verhandlungen Beachtung finden, um die Besitzstandswahrung zu gewährleisten.

1.2 Interne und externe Einbindung des Instituts

Alle neun Professuren bzw. Arbeitsbereiche des IPK sind – mit unterschiedlicher Intensität und bei jeweils individuellen Schwerpunktsetzungen – gut in den Universitätsstrukturen, der Scientific Community und in eine breitere Öffentlichkeit hinein vernetzt sowie insbesondere auch in diverse Forschungsprojekte eingebunden. Es gibt zudem diverse Verbindungen in die Berufspraxis hinein. Eine Besonderheit der kommunikationswissenschaftlichen Studiengänge besteht darin, dass externe Lehrbeauftragte aus der Berufspraxis einbezogen werden, um anwendungsorientierte Fertigkeiten sowie Unterstützung im Rahmen der Berufsorientierung ermöglichen. Jedoch setzt hier der Standort mit seiner Strukturschwäche im wirtschaftlichen Bereich (wenige Ansiedlungen etwa von Medienunternehmen oder größeren Betrieben mit eigenen Kommunikationsabteilungen, räumliche Distanz zu politischen Entscheidungsträgern etc.) nachvollziehbare Limitationen. Es gibt deutliche Bestrebungen, sich mit diesen Standortfaktoren effektiv auseinanderzusetzen und entsprechend zu agieren, beispielsweise mit Kooperationen im Ostseeraum, mit Projekten zur Entwicklung von ländlich-peripheren Räumen oder Beteiligungen an großen interdisziplinären Forschungsverbänden.

Fachlich wird das Fehlen der Soziologie als Disziplin und angrenzendes Fach in Forschung und Lehre bemängelt. Durch die neue Denomination eines Lehrstuhls in der Politikwissenschaft in „Politische Soziologie und Methoden“ kann die bestehende Lücke nicht umfassend ausgeglichen werden. Die Kooperation zwischen den Fakultäten ist vor allem in Wahloptionen für Studierende sichtbar, allerdings erscheint diese in der Praxis nicht immer gut umsetzbar, da unterschiedliche Fachlogiken bestehen, was vor allem auf die Realisierung von engeren Lehrkooperationen mit den Rechtswissenschaften, aber auch mit den Wirtschaftswissenschaften zutrifft.

Als besonderes Alleinstellungsmerkmal des IPK wurde überzeugend das enge Lehrenden-Studierendenverhältnis und die persönliche Atmosphäre betont, die maßgeblich durch das überdurchschnittliche Engagement vor allem des Mittelbaus gewährleistet wird und mit dem gewissen Standortnachteil ausgeglichen werden. Diese Einschätzung wird von allen Beteiligten geteilt und wird als wichtigster Grund für die Standortwahl und die persönliche Zufriedenheit an der Universität hervorgehoben. Dieses notwendige Alleinstellungsmerkmal zur Anwerbung Studierender bedingt auch z.T. Lehrformate und curriculare Anforderungen, da das Lernen in Seminaren oder anderen kleineren Lehrformaten im Vordergrund steht. Sehr relevant ist in diesem Zusammenhang, dass das IPK in der philosophischen und nicht der sozialwissenschaftlichen Fakultät angesiedelt ist und vor allem geisteswissenschaftliche Fächer in Kombination mit den Fächern des IPK studiert werden. Dies bedeutet, dass die Kapazitätsberechnungen für sozialwissenschaftliche Fächer nicht direkt übertragbar sind (also _Lehre in großen Vorlesungsformaten). In der Praxis werden die sozialwissenschaftlichen Fächer in der Philosophischen Fakultät wie geisteswissenschaftliche Fächer gelehrt, was den verfügbaren Ressourcen, der Anwerbung von Studierenden und der Kompatibilität mit den Kombinationsfächern entspricht. Eine Kapazitätsberechnung (wie für Jura und die Wirtschaftswissenschaften) wäre für das IPK nicht leistbar, da es weder sein Alleinstellungsmerkmal noch die gegebene Einbettung der Studienprogramme weitführen könnte. Vor diesem Hintergrund ist die Auslastung von (nur) 60-70%, wie von der Verwaltung vorzutragen, kritisch zu beurteilen, da offensichtlich bei einer 100% Auslastung ein Lehrbetrieb in der derzeitigen Form gar nicht möglich wäre. Für die Besitzstandswahrung liegt hier aus rein wirtschaftlicher Perspektive ein Dilemma vor, da eine Verknappung der Ressourcen, um eine umfassende Auslastung zu erreichen, sich direkt auf die Studierbarkeit niederschlagen würde, was wiederum absehbar eine Absenkung der Attraktivität und der Studierendenzahlen nach sich zieht.

Bemerkenswert ist, dass die Zusammenarbeit mit der Verwaltung als extrem kooperativ und außergewöhnlich gut beschrieben wird. Die gegenseitige Wertschätzung zwischen Institut und Verwaltung ist

für alle anstehenden Vorhaben eine wertvolle Basis und trägt zur Zufriedenheit aller Mitarbeitenden am Institut bei.

1.3 Ressourcenausstattung für Studium und Lehre

Die Finanzsituation und damit auch die Ressourcenausstattung der Universität Greifswald ist insgesamt, wie in nahezu allen Gesprächen deutlich wurde, desiderat bis prekär; die Universität sieht sich aktuell auch noch weiteren Sparzwängen ausgesetzt. Konkret stellt der Wegfall der Wohnsitzprämie ein Problem dar, da aus diesen Mitteln in der Vergangenheit Tutorien, Korrekturassistenzen, Prüfungsbeisitzen usw. finanziert wurden, entsteht eine akute Lücke in der Personal. Es ist nicht geklärt wie diese in allen Einzelposten gefüllt werden soll (v.a. Prüfungsabnahme). Auf Grund der sehr knappen Ausstattung der Lehrstühle, können studentische oder wissenschaftliche Hilfskräfte nur in sehr geringer Zahl angestellt werden.

Eingedenk dessen stellt sich die materielle Ausstattung des IPK insgesamt zufriedenstellend dar: Die Bürosituation ist gut; Lehrräume stehen in ausreichender Zahl und Größe zur Verfügung und sind technisch adäquat ausgestattet; dezidierte Lehrredaktions- oder Studioräume mit entsprechender Technik etwa für Audio-, TV- oder Multimediaausbildung (wie sie an vielen anderen Standorten gegeben sind) erscheinen aufgrund des spezifischen Greifswalder Ausbildungskonzepts verzichtbar. Auch Bibliotheksmittel stehen hinreichend zur Verfügung, ebenso EDV-Hardware.

Zu Wünschen Anlass gibt aber die Softwareausstattung, die Studierenden zur Nutzung zur Verfügung steht. So sei z.B. die Ausstattung mit Statistik- und anderen Auswertungsprogrammen in den PC-Pools wie auch über Cloud-Anbindungen teils kaum hinreichend. Zudem fehlen Lern- und Arbeitsplätze für Studierende, die insbesondere für die in die kommunikationswissenschaftlichen Studiengänge integrierten Projektarbeiten in Gruppen erforderlich wären. Hinsichtlich der Bibliotheksmittel zeigen sich insbesondere in fortgeschrittenen Seminaren der Bachelorprogramme und den Masterprogrammen Einschränkungen durch fehlende Zugriffsrechte auf eine größere Bandbreite internationaler Fachzeitschriften.

Weiter sind Mittel für studentische Hilfskraftverträge und für Tutorien sehr knapp. Teilweise aufgewogen werde dies durch das allgemein als sehr positiv empfundene beeindruckend große Engagement der Lehrenden; die Betreuung wird allgemein als sehr gut empfunden – doch verschärft dies die insgesamt hohe Arbeitsbelastung insbesondere im wissenschaftlichen Mittelbau.

Wünschenswert wären ferner auch mehr Mittel für – und auch eine größere Zahl von – Exkursionen und Gastvorträge, was allerdings angesichts eben der Finanzknappheit leider illusorisch erscheint.

Die Personalsituation hat sich insbesondere im Bereich der Kommunikationswissenschaft seit der letzten Akkreditierung vor gut sieben Jahren durch die Einrichtung einer dritten Professur wesentlich verbessert und wirkt – wiederum eingedenk der Situation der Universität Greifswald insgesamt – aktuell zufriedenstellend. In der Politikwissenschaft ist der Zuwachs um eine Professur nur bis zur Überführung der Juniorprofessur in eine freigewordene Stellenhülle (daher faktisch: Wegfall der Juniorprofessur und der HSP-Stellen). Bereits für das Wintersemester 2024/25 prognostiziert das IPK daher Versorgungsengpässe, vor allem, um die erhebliche Prüfungslast zu bewältigen. Für die Kommunikationswissenschaft ist zu beachten, dass zentrale Lehrverpflichtungen regelmäßig durch Lehrbeauftragte übernommen werden, sowohl, um den relevanten Praxisbezug zu gewährleisten, als auch um personelle Lücken auszugleichen. Diese Lehraufträge sind dementsprechend keine Übergangslösungen zum Abbau von Überkapazitäten, sondern planmäßige längerfristige Lösungen, um Versorgungslücken zu decken.

1.4 Qualitätsmanagement sowie Weiterentwicklung der Lehre und Studienprogramme

Das Qualitätsmanagement wirkt insgesamt wohl etabliert und durchdacht. Unbedingt zu begrüßen ist, dass es alle Beteiligten regelmäßig zu einer intensiven und kollaborativen Befassung mit den Studienangeboten wie auch den Lehrbedingungen veranlasst. Die Kooperation zwischen dem Qualitätsmanagementteam wie auch dem gesamten wissenschaftsstützenden Bereich und den Lehrenden wie Forschenden wurde allgemein als sehr positiv bewertet. Sehr positiv hervorzuheben ist, dass das Qualitätsmanagement und die aufwendigen Bemühungen zu nachvollziehbaren Verbesserungen führen, diese bezieht sich sowohl auf die vorbereitenden Arbeiten im Institut, die die interne Koordinierung stärken, als auch die Verwendung der Berichte in der Koordinierung zwischen verschiedenen Stellen der Universität. Hier ist wird der kooperative zwischen dem IPK und der Universitätsverwaltung deutlich sichtbar.

Allerdings ist das Akkreditierungsverfahren mit der umfassenden Vorortbegehung mit mehreren externen Gutachter*innen zeit- und auch kostenintensiv. So erscheint es überlegenswert, ob hier weniger aufwendige Verfahrenswege etabliert werden könnten. Denkbar wären Gesprächsrunden jeweils mit Mitarbeitenden der beiden Fachbereiche, ohne darüber hinaus eine große Gesprächsrunde mit allen Mitarbeitenden des Instituts zu führen. Zudem wäre denkbar, dass die Begutachtung mit einer umfassenden Gesprächsrunde der Externen endet, die vor Ort protokolliert wird, um die zusätzlichen Berichtspflichten zu reduzieren.

Das Lehrangebot und die Studienprogramme insgesamt wurden überzeugend weiterentwickelt; Einzelheiten werden bei den jeweiligen Studiengängen (unter 2. und 3.) dargestellt.

Zur Überlegung gestellt wird, Angebote für ein Teilzeitstudium zu etablieren oder weiterzuentwickeln, um für Studierende, die nebenher berufstätig sind oder sich in besonderen Lebenssituationen befinden, bessere Bedingungen zu schaffen, individuellere Studiumsplanungen zu ermöglichen – und so auch die Attraktivität des Studienstandorts Greifswald potentiell zu erhöhen.

Insgesamt sind die Studierendenzahlen leicht rückläufig (Einzelheiten dazu siehe ebenfalls unten bei den einzelnen Studiengängen). Perspektivisch ist insgesamt in den nächsten Jahren auf Grund demographischer Entwicklung nicht grundsätzlich von einem schnellen Anstieg von Studierendenzahlen zu rechnen. Im MA-Bereich ist außerdem die Lage am Arbeitsmarkt bemerkbar, da, anders als in der Vergangenheit, viele BA-Absolvent*innen bereits erfolgreich in einen Beruf einsteigen. Beide Aspekte unterstreichen die Relevanz der Stärkung und Bewahrung kompetitiver Vorteile und von Alleinstellungsmerkmalen. Eine Intensivierung des Studiengangsmarketings erscheint daher angeraten. Ansätze und Aktivitäten, hierzu auch zunehmend Social-Media-Kanäle zu bespielen, werden sehr begrüßt, wissend, dass dies sehr aufwändig ist und kontinuierlich betrieben werden muss, was angesichts der knappen Ressourcen sicher eine Herausforderung darstellt.

Die Digitalisierung der Lehre wird gezielt auch nach Ende der reinen Digitallehre fortgesetzt, was vor allem e-Tutorials und digitale Klausuren betrifft. Da der Standort vor allem durch die enge Studierendenbindung und die familiäre und enge Betreuung Attraktivität gewinnt, ist die Präsenzlehre jedoch insgesamt von entscheidender Bedeutung für das IPK. Digitalisierung erscheint somit eine wertvolle Ergänzung, aber keine Option, um Kernbereiche der Lehre in andere, nicht präsenzbasierte Formate zu überführen, vor allem sind die intensiven Seminarformate als Lehrform kaum sinnvoll als Hybridlehre umzusetzen. Dies betrifft auch Optionen, den Bereich der „internationalisation at home“ auszubauen, da hier vorrangig hybride Seminare angeboten werden müssten, die jedoch in der Praxis sowohl für anwesende als auch digital teilnehmende Studierende nur in sehr begrenztem Maß funktionieren.

1.5 Geschlechtergerechtigkeit, Chancengleichheit und Situation des Mittelbaus

Der Anteil der Professorinnen an der Professorenschaft hat sich im IPK gegenüber der letzten Akkreditierung deutlich erhöht – auf nun zwei von sechs in der Politik- und zwei von drei in der Kommunikationswissenschaft; er liegt damit deutlich über dem Professorinnenanteil (nicht nur) an der Universität Greifswald (25 Prozent) – eine sehr positive Entwicklung.

Das Gleichstellungskonzept der Universität wirkt insgesamt überzeugend. Mentoringprogramme für junge Wissenschaftlerinnen sind vorhanden (wenngleich mit relativ wenig Kapazität, wie durch Mittelbauvertreterinnen festgestellt wurde) und werden gut nachgefragt; zu überlegen wäre, sie auch für Studentinnen auszuweiten. Insgesamt ist das Konzept noch stark an Gleichstellungsaufgaben und weniger an einem umfassenden Diversity-Management orientiert.

Familienfreundlichkeit wird an der Universität Greifswald gut umgesetzt; auf die Belange von Studierenden mit Kind werde, so die einhellige Darstellung, gut eingegangen und es bedürfe kaum zusätzlicher spezifischer Betreuungsangebote.

Sehr positiv beurteilt wird die Bereitschaft, intensiv psychosoziale Beratung zu leisten und auch diesbezügliche Angebote bereitzustellen (auch wenn die – bislang einzige – dafür eingerichtete zentrale Stelle der Universität nach Eindruck der Studierendenvertreter*innen derzeit überaus stark ausgelastet sei) – ein Bereich, der leider zunehmend notwendig ist. Bemängelt wurde sowohl von der Seite der Studienfachberater*innen als auch sehr nachdrücklich durch die Studierenden, dass die Angebote psychosozialer Beratung bei weitem nicht den gewachsenen Bedarf decken und dass in der Regel nur akut sehr drängende Fälle überhaupt Unterstützung erhalten können. Ohne drängenden Bedarf, sind Wartezeiten bis zu einem Jahr üblich. Es besteht offensichtlich eine erhebliche Lücke im Angebot und dem Bedarf an psychosozialer Beratung und Unterstützung. Positiv erwähnt wurde ein neues Konzept zu Konfliktmanagement und der Ausbildung von Mediator*innen.

Sorgen hinsichtlich der Situation des akademischen Mittelbaus gibt es – hier wie überall – in Bezug auf befristete Anstellungsverhältnisse und das Wissenschaftszeitvertragsgesetz; dies führe zu hohen Belastungen hinsichtlich der Qualifikationsanforderungen, zumal auch die Lehr- und Betreuungsbelastungen hoch sind, wiewohl das Verhältnis zu den unmittelbaren Vorgesetzten gemeinhin gut und Verständnis für die Situation und individuelle Problemlagen gegeben sei. Beeindruckend ist das große Engagement der Mittelbauangehörigen in Lehre wie Betreuung der vielen Studierenden, trotz der insgesamt teils misslichen Bedingungen.

1.6 Internationalisierung

Hinsichtlich einer stärkeren internationalen Orientierung hat sich seit der vorangegangenen Akkreditierung 2016 kaum Wesentliches verändert, allerdings sind spezifische Schwerpunktsetzungen vor allem in der Forschung erkennbar, die weitere Potentiale bieten. Auf der Forschungsebene ist durch persönliche Kontakte und Netzwerke der Lehrenden internationale Kooperation weiterhin sichtbar und teils auch intensiver geworden. Vor allem die Kooperationen im Bereich der Ostseeraumforschung ist hervorzuheben, wozu die Beteiligung durch Teilprojekte am Interdisziplinären Forschungszentrum Ostseeraum und am internationalen Graduiertenkolleg „Ostsee-Peripetien. Reformationen, Revolutionen, Katastrophen“ hervorzuheben sind. Die Konzentration auf bestimmte thematische Felder und Nutzung persönlicher Netzwerke zur weiteren Internationalisierung im Bereich der Forschungs- sowie institutionalisierten Lehrkooperation erscheint in Anbetracht der bestehenden Ressourcen pragmatisch und zielführend. Die internationale Ausrichtung in der Lehre ist hingegen insbesondere in der Kommunikationswissenschaft weiter schwach ausgebildet, was sicher (weiterhin) mit dem Standortnachteil Greifswalds begründet werden kann (eine kleine, international wenig bekannte Stadt mit innerhalb Deutsch-

lands geografischer Randlage fern von Metropolen; eine Universität, die als Lehr- und Forschungsstandort nur in einzelnen Feldern besonders ausgewiesen ist ...). Erschwerend kommt hinzu, dass Dienstreisen und Fortbildungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Einladungen zu Gastvorträgen mit den regulären Haushaltsmitteln nur in sehr geringem Umfang möglich sind. Darunter leiden nicht nur die Mitarbeitenden in Qualifikationsphasen und die Lehrqualität, sondern insbesondere auch die Sichtbarkeit des Greifswalder IPK auf internationaler Ebene – hinsichtlich des Studienortes, des Fachdiskurses und auch der Forschung. Teilweise wird auf Drittmittel oder Eigenmittel der Mitarbeitenden zurückgegriffen.

Durch die geringe internationale Attraktivität des Studienstandorts ist das Studienangebot für Incomings kaum ein relevantes Ziel; dies führt in der Konsequenz zu einer sehr geringen Zahl von ausländischen Studierenden. Dies ist auch ein Nachteil für die hier eingeschriebenen Studierenden gerade in sozialwissenschaftlichen Studiengängen, ist so doch die Diversität der Studierendenschaft geringer als anderenorts, was mindestens theoretisch auch zu einer Verengung von Perspektiven führen kann.

Für die Outgoings stehen nach Auskunft sowohl des Fachbereichs als auch des International Office in jedem Jahr ausreichende Plätze zur Verfügung, doch ist auch hier die Zahl der Auslandssemester wahrnehmenden Studierenden sehr überschaubar – weit geringer als an vielen anderen Universitäten. Die Fächer-Kompatibilität der jeweiligen Universitäten wirkt bei einem Zwei-Fach-Bachelor für Studierende einschränkend. Erschwerend komme hinzu, dass sich seit etwa eineinhalb Jahren Studierende nicht mehr fächerübergreifend auf Erasmus-Plätze bewerben können. Die Auswahl an Partneruniversitäten ist daher gering. Für die Studierenden kommt ein Auslandsaufenthalt oftmals aufgrund mangelnder finanzieller Mittel sowie des Überschreitens der Regelstudienzeit nicht in Frage. Für Letzteres scheint das Programm BachelorPlus (International) als vierjährige Variante des Bachelorstudiums, in das ein Auslandsjahr fest integriert ist, sinnvoll.

Es kann sowohl durch das International Office als auch durch das Institut resp. die beiden Facheinheiten selbst versucht werden, die Anzahl der internationalen Austauschpartnerschaften einerseits und andererseits die Motivation der Studierenden zu erhöhen. Internationale Partnerschaften im Bereich der Lehre könnten jedoch wohl auch nur dann in größerem Maße gewonnen werden, wenn mehr englischsprachige Lehrveranstaltungen gegeben wären. In der Politikwissenschaft gibt es hier einige Angebote, in der Kommunikationswissenschaft hingegen fast keine. Das Argument, sie würden kaum nachgefragt und von den deutschen Studierenden nicht angenommen, kann nicht voll überzeugen, zumal die Studierenden durchaus Interesse bekundeten. Selbstverständlich ist aber anzuerkennen, dass der Aufwand deutlich höher würde und eine Passung zu den Studieninhalten gegeben sein müsste.

Das einzige Double-Degree-Programm, Master Sprache und Kommunikation international, besteht allein in der Kooperation mit der Universität St. Petersburg, ruht derzeit auf Grund der allgemeinpolitischen Situation (siehe unten) und steht vor der Abwicklung.

2. Qualität der kommunikationswissenschaftlichen Studienangebote und Lehre (BA Kommunikationswissenschaft, MA Organisationskommunikation, MA Sprache und Kommunikation)

Das Fach Kommunikationswissenschaft weist mit (zum Stichtag 01.12.2022) 416 Immatrikulierten eine anhaltend hohe Akzeptanz unter den Studierenden auf; dies gilt sowohl für das Bachelor- (335 Studierende) als auch für das Master-Studienangebot (57 Studierende im MA Organisationskommunikation – der klar am besten nachgefragte MA-Studiengang der Fakultät). Allerdings geht die Zahl der Neueinschreibungen im Bachelor jüngst zurück – auf zuletzt 68 Studierende im ersten Fachsemester; dies ist eine allgemeine Tendenz, wie sie auch an vielen anderen Universitäten feststellbar ist und sich teils auch aus dem demographischen Wandel heraus erklären lässt, mithin kein Greifswalder Spezifikum, sollte aber im Blick behalten werden., um ggf. beispielsweise konkrete Marketinginstrumente entwickeln zu können, um Studierende zu attrahieren.

Die Auslastung der Studiengänge ist weiterhin gut – was im Umkehrschluss zu einer relativen hohen Lehr- und Prüfungsbelastung führt (zumal die meisten Bachelorstudierenden ihre Abschlussarbeit in der Kommunikationswissenschaft schreiben, nur wenige im zweiten Fach). Dass die Zahl der Abschlussprüfungen zuletzt zurückgegangen ist, wird schlüssig mit den Gegebenheiten und Auswirkungen der Corona-Pandemie begründet, sollte aber gleichfalls im Blick behalten werden.

2.1 Seit der letzten externen Evaluierung eingetretene wesentliche Veränderungen und ergriffene Maßnahmen

Die personelle Ausstattung hat sich seit 2016, wie oben bereits dargestellt, durch die Zuweisung einer dritten Professur wesentlich verbessert. Da der neue Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft mit dem Schwerpunkt Kommunikationsethik erst seit dem Sommersemester 2023 besetzt ist, kann noch nicht detailliert eingeschätzt werden, wie sich dieser Bereich entwickelt, doch ist es gelungen, mit Prof. Dr. Stefanie Averbeck-Lietz eine sehr erfahrene, weit vernetzte und in Forschung wie Lehre exzellent ausgewiesene Fachwissenschaftlerin zu gewinnen, deren Schwerpunkte eine hervorragende Ergänzung gerade im Bereich Kommunikationsethik und auch hinsichtlich einer stärkeren internationalen Profilierung erwarten lassen.

Prof. Dr. Kerstin Thummes, Lehrstuhlinhaberin für Kommunikationswissenschaft mit dem Schwerpunkt Organisationskommunikation, ist ebenfalls noch relativ neu am Institut – seit dem Wintersemester 2019/20. Sie hat sich bereits bestens etabliert und dem zuvor länger vakanten fachlichen Schwerpunkt neuen Schwung und breite Anerkennung verschafft.

Es erscheint insgesamt konsequent und sinnvoll, dass das Profil der Greifswalder Kommunikationswissenschaft explizit auf die Forschungs- und Anwendungsfelder Kommunikationsethik und Organisationskommunikation hin weiterentwickelt wurde, weiterhin ergänzt um die insbesondere auch durch den ebenfalls sehr renommierten Fachkollegen Prof. Dr. Klaus Beck, der 2018 auf den von ihm bereits früher innegehabten (allgemeinen) Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft zurückkam, vertretenen Schwerpunktbereiche Politische Kommunikation, Mediensystemforschung sowie Interpersonelle Kommunikation und Kommunikationssoziologie.

Diese klare Schwerpunktorientierung soll in einer Reform des Bachelorstudiengangs Kommunikationswissenschaft mit einer gründlichen Überarbeitung der Studien- und Prüfungsordnung ihren eindeutigen Niederschlag finden. Da dieser Reformprozess gerade erst läuft, kann er noch nicht abschließend bewertet werden. Festgestellt kann aber werden, dass die eingeschlagene Richtung sehr stringent wirkt, überzeugend zugeschnitten auf die Greifswalder Gegebenheiten und Möglichkeiten, dass der Weg dahin auch insofern beeindruckt, da alle Beteiligten intensiv in den Reformprozess einbezogen

werden, und dass die in den Gesprächen als Sitzungsunterlagen vorgelegten und mündlich vorgestellten Konzeptgedanken durchweg plausibel erscheinen.

Auch im Masterstudiengang macht sich die grundsätzliche Neuorientierung hin zu einer noch stärkeren Befassung mit Kommunikationsethik bereits bemerkbar – wenn auch weniger in der Studienordnung, so doch in den Kursinhalten. Die Fokussierung auf Organisationskommunikation, wie sie nicht nur im Namen des Studiengangs, sondern auch in der Studienordnung und im Musterstudienplan klar erkennbar ist, wirkt sehr zeitgemäß und geeignet, das Studium in Greifswald für Masterinteressierte attraktiv zu machen; noch größeres Gewicht könnte ggf. darauf gelegt werden, Bachelorabsolvent*innen am Standort zu halten, indem ihnen verdeutlicht wird, wo die spezifischen Vorteile eines Weiterstudiums im Master Organisationskommunikation liegen.

Ein gewisses Alleinstellungsmerkmal der Greifswalder Kommunikationswissenschaft stellt auch eine medienhistorische Grundorientierung dar, die nun durch Frau Averbek-Lietz (gleichfalls) gestärkt wird – und den kommunikationsethischen Schwerpunkt wie auch den Fokus auf Mediensystemlehre gut ergänzt.

Das Gutachtergremium ermuntert alle Beteiligten nachdrücklich, den eingeschlagenen Reformweg intensiv weiterzuverfolgen und konsequent umzusetzen.

Die (wenigen) 2016 ausgesprochenen Empfehlungen für die Weiterentwicklungen der kommunikationswissenschaftlichen Studiengänge wurden auch im bisherigen Studienangebot schon weithin berücksichtigt. Allein im Bereich der Internationalisierung bestehen weiterhin größere Desiderata, auf die oben bereits eingegangen wurde.

2.2 Qualifikationsziele, Profil und Abschlussniveau

B.A. Kommunikationswissenschaft:

Die allgemeinen Qualifikationsziele sind in §2 der Studienordnung nachvollziehbar festgehalten und im Modulhandbuch für die einzelnen Module genauer festgelegt. Bei der geplanten Neugestaltung des Studiengangs könnten sie noch spezifischer gefasst werden.

Insgesamt wird das Ziel, eine breite Basis im Bereich der Kommunikationswissenschaft inhaltlich zu vermitteln, umgesetzt. Vermittelt werden grundlegende Kenntnisse über den Kommunikationsprozess, über Strukturen und Akteure, über Theorien des Faches sowie fachspezifische Methoden. Die Studierenden sind auf dieser Basis gut gerüstet für die vielfältigen beruflichen Anforderungen. Innerhalb der angebotenen Breite des Lehrangebots ist eine Profilbildung erkennbar: Organisationskommunikation, politische Kommunikation sowie interpersonale Kommunikation stehen im Vordergrund.; Kommunikationsethik soll nun noch gestärkt werden. Felder wie Journalismusforschung und Medienökonomie, auch Medienwirkung und Mediennutzung werden eher randständig behandelt. Diese Profilbildung ist sinnvoll, insbesondere auch vor dem Hintergrund der vorhandenen Struktur als Zwei-Fächer-Bachelor.

Etwas missverständlich wirkt die Modulbezeichnung „Kommunikation in Praxis und Wissenschaft“ (Modul 7) und die darin positionierte „Medienpraktische Übung“, werden darin doch – wie in einer der Gesprächsrunden deutlich wurde – weniger Einblicke in oder Einübungen von etwa berufspraktischen Techniken (wie journalistische Textproduktion oder PR-Anwendungen, Konzeptentwicklungen o.ä.) geboten, als vielmehr „Medienreflexionskurse“ unterschiedlicher Art.

Dieses spezifische Praxisverständnis könnte im Modulhandbuch klarer vermittelt werden – und es wird angeregt, im derzeit laufenden Reformprozess des Studiengangs eine berufspraktische Orientierung stärker in den Fokus zu rücken, um studentischen Erwartungen klarer zu entsprechen.

Im Rahmen der Zwei-Fach-Bachelorstruktur an der Universität Greifswald bietet der BA Kommunikationswissenschaft vielfältige Kombinationsmöglichkeiten mit anderen Fächern innerhalb der Fakultät sowie Universität. Die konzeptionelle Einbindung ist somit hoch. Das Abschlussniveau wirkt dem Bachelorgrad völlig angemessen.

M.A. Organisationskommunikation:

Die allgemeinen Qualifikationsziele sind in Paragraph 2 der 2021 verabschiedeten überarbeiteten Prüfungsordnung klar definiert. „Absolvent*innen des Studiengangs sind in der Lage, kommunikative Prozesse sowie Probleme in, von und über Organisationen auf den Ebenen interpersonaler, medienvermittelter, gruppenbezogener sowie öffentlicher Kommunikation mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Theorien und Methoden zu erkennen, zu analysieren und zu bewerten sowie Problemlösungen zu entwickeln und kommunikativ zu vermitteln“; in den thematisch (sinnvoll) weit gefassten einzelnen Modulen werden sie mittels des Modulhandbuchs konkret definiert. Dies liefert Studiumsinteressierten wie auch Studierenden klare Orientierungsmöglichkeiten.

Insgesamt sollte gewährleistet sein, dass die Absolvent*innen ein solides Abschlussniveau erreichen, das sowohl für den Berufseinstieg im weiten Feld der Organisationskommunikation als auch für etwaige weitere wissenschaftliche Beschäftigung umfassend qualifiziert.

M.A. Sprache und Kommunikation:

Der interdisziplinäre, wesentlich der Deutschen Philologie zugeordnete Masterstudiengang Sprache und Kommunikation, an dem die Kommunikationswissenschaft gleichsam als „Juniorpartner“ mit drei Modulen beteiligt ist, spielt eine sehr untergeordnete Rolle, zumal (wie oben bereits erwähnt) das erst 2019 eingeführte Zusatzangebot „international“ in Kooperation mit der Staatlichen Universität in St. Petersburg vor der Einstellung steht. Konzeptionell ist das Studiumsangebot durch die Einbindung der Module in den Master Organisationskommunikation solide verankert; die Auslastung ist eher gering.

2.3 Schlüssigkeit des Studiengangskonzepts und Studierbarkeit

Sowohl im B.A. als auch im M.A. werden das notwendige Sach- und Fachwissen, fachübergreifendes Wissen sowie methodische Kompetenzen in angemessener Weise vermittelt. Die sehr gut strukturierten Musterpläne für den Studienverlauf bieten den Studierenden eine klare Orientierung. Sie empfehlen gut nachvollziehbar eine mögliche und sinnvolle Abfolge der Module. Dennoch ist es den Studierenden möglich, von diesem Strukturierungsvorschlag nach eigenen Wünschen abzuweichen und ihn ihren Bedürfnissen entsprechend anzupassen.

Erschwert wird eine stringente Studienstruktur innerhalb der Regelstudienzeit durch die eigenständig abzuleistende Abstimmung der beiden Bachelorfächer. Gleichzeitig ermöglicht aber die Zwei-Fach-Struktur auch vielfältige Kombinationsmöglichkeiten, die unterschiedliche Bedürfnisse und Anforderungsprofile von Seiten der Studierenden zulassen. Die Kombinierbarkeit der Fächer ist weithin gut gegeben; eine Ausnahme stellt lediglich das Zweitfach Öffentliches Recht dar, in dem die Anforderungen seitens der Juristen für Studierende, die kein Volljura-Studium betreiben, zu hoch sei; aber dies betreffe nur Einzelfälle.

Die Prüfungslast wird von den Studierenden im Großen und Ganzen nicht als überfordernd empfunden; Probleme gäbe es aber mitunter hinsichtlich der Fristen bei Hausarbeiten, zumal wenn es zu Fristüberlagerungen in den beiden Bachelorfächern komme. Anzumerken ist hier die Regelung der Universität Greifswald, die gemäß der gemeinsamen Prüfungsordnung für die Bachelor-of-Arts-Studiengänge übergeordnet für alle Fakultäten eine Bearbeitungszeit von 5 Wochen und einen Abgabetermin spätestens einen Monat vor Ende des Semesters für Hausarbeiten vorsieht. Hieraus entsteht für viele Studierende eine erhebliche Belastung. Auch wenn diese Problematik nicht auf Institutesebene zu lösen ist, soll dieser Befund hier Erwähnung finden. Die Möglichkeit, Portfolioprüfungen (in Übungen)

über das ganze Semester zu strecken und so die Prüfungslast gleichmäßiger zu verteilen, wird allgemein begrüßt.

Seitens des Mittelbaus wird kritisch vorgebracht, dass es viele unbenotete Studienleistungen gibt, die bestanden werden müssen, was einen recht hohen Betreuungs- und Korrekturbelastung mit sich bringt. Bei der Neufassung der Bachelorprüfungsordnung sollte überlegt werden, wie dies pragmatischer gefasst werden kann.

Erfreulich ist, dass die Abbrecherquote gerade im Masterstudiengang Organisationskommunikation deutlich unter dem Durchschnitt aller Studiengänge an der Uni Greifswald liegt – ein (weiteres) Indiz dafür, dass die Studierbarkeit gut gegeben ist.

2.4 Vorbereitung auf Beruf oder weiterführendes Studium

Ein Studium der Kommunikationswissenschaft ist (in Greifswald wie überall) nicht unmittelbar berufsvorbereitend, ermöglicht aber den Einstieg in viele Tätigkeiten im weiten – und immer noch wachsenden – Feld der Medien- und Kommunikationsberufe. In den Greifswalder Programmen wird darauf (wie oben bereits knapp thematisiert) sinnvoll vorbereitet, auch wenn die Studiengänge wenig direkten Ausbildungsbezug zu berufspraktischen Tätigkeiten haben (und dies auch konzeptionell bewusst nicht anstreben). Alumnibefragungen zeigen, dass die Absolvent*innen gute Chancen im Arbeitsmarkt haben. Unter den Studierenden scheint jedoch der Wunsch nach mehr Praxisbezug im Rahmen des Bachelors zwecks Vorbereitung auf das Berufsleben zu bestehen, wenngleich die Nähe zum Alumni-Verein und die durch diesen organisierte Veranstaltungsreihe „Kommunikation als Beruf“ sehr positiv hervorgehoben wird. Ein längeres Berufspraktikum im Rahmen des Studiums wird selten in Anspruch genommen, da dies Auswirkungen auf die Einhaltung der Regelstudienzeit habe. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Gesprächsrunden erwähnt, dass immer häufiger Absolvent*innen nach dem Bachelorstudium in den Beruf einsteigen würden und ein weiterführendes Masterstudium nicht aufgenommen wird. Dies macht eine berufspraktische Nähe bereits im Laufe des Bachelorstudiums umso wichtiger.

Auf eine wissenschaftliche Laufbahn hingegen werden die Studierenden im Rahmen des Bachelorstudiums von Beginn an gut vorbereitet. So wird eine berufliche Laufbahn im Bereich Wissenschaft und Forschung den Studierenden ausreichend, aber auch realistisch dargelegt. In diesem Zusammenhang hebt die Studierendenschaft die äußerst ehrliche und transparente Kommunikation der Mitarbeitenden des Instituts hinsichtlich der beruflichen Aussichten für die Absolvent*innen hervor.

Mit Blick auf den Übergang zwischen dem Bachelorabschluss und Masterprogrammen insbesondere an anderen Hochschulen muss die Struktur als Zwei-Fächerbachelor zur Beurteilung herangezogen werden. Wird die Bachelorarbeit im Bereich Kommunikationswissenschaft geschrieben und werden die Inhalte im Wahlpflichtbereich strategisch gut von Studierenden gewählt, wird der Übergang auch in die Masterprogramme an anderen Hochschulen weitgehend ermöglicht, die mindestens 90 ECTS im Bereich Kommunikationswissenschaft voraussetzen. Von den Studiengangsverantwortlichen wurde nachvollziehbar dargelegt, dass es hier bislang keine Probleme gegeben habe. Eine Erweiterung des Bachelorstudiengangs von derzeit 65/80 auf 120 ECTS ist nicht geplant und wäre, wie nachvollziehbar vermittelt wurde, auch aufgrund der Ressourcen und Kapazitäten nicht leistbar.

2.5 Hinweise auf formale Mängel der Studiengangsgestaltung

Auf Grundlage der Unterlagen und der ausführlichen Gespräche wurden keinerlei grundlegenden Mängel festgestellt; kleine Details wurden oben bereits angesprochen und werden unten (bei 4.) in den Empfehlungen aufgegriffen. Nochmals sei festgestellt, dass die derzeit in Angriff genommene Neukonzeption des Bachelorstudiengangs Kommunikationswissenschaft nachhaltig begrüßt wird.

3. Qualität der politikwissenschaftlichen Studienangebote und Lehre (BA und MA Politikwissenschaft)

Das Fach Politikwissenschaft bietet sowohl einen BA als auch einen MA-Politikwissenschaft an. Im Wintersemester 2022/23 waren insgesamt 370 Studierende immatrikuliert (343 im BA; 27 im MA). Mit 100 Neueinschreibungen im Wintersemester 2022/23 war Politikwissenschaft das bei weitem am stärksten nachgefragte BA-Fach der Fakultät (gefolgt von 68 Neueinschreibungen in der Kommunikationswissenschaft); im MA ist die Nachfrage mit sieben Neueinschreibungen geringer, kapazitär vorgesehen ist eine Maximalgröße von 30 Einschreibungen im Jahr. Politikwissenschaft ist das am stärksten nachgefragte Kombinationsfach für den BA-Kommunikationswissenschaft (14 von 55 bzw. 14 von 66 in den letzten beiden Jahren), umgekehrt wählen Studierende als Kombinationsfach für den BA-Politikwissenschaft verschiedene Fächer über die Jahre relativ gleichmäßig (Geschichte, Kowi, öff. Recht, Philosophie).

Die Auslastung des BA erscheint sehr gut. Der geringeren Auslastung des MA begegnet das IPK mit geplanten Studiengangsreformen, die vor allem die Standortvorteile der starken individuellen Betreuung und des sehr persönlichen Studiums konzeptionell stärker in den Vordergrund stellen sollen. Insgesamt liegen die Einschreiberückgänge im deutschlandweiten Trend, was für die Fächerkombinierbarkeit (Angebotsgarantie bei geringerer Auslastung) mittelfristig Konsequenzen nach sich ziehen kann, was sich wiederum negativ auf die Standortattraktivität auswirkt. Im inneruniversitären Vergleich hat das Fach eine geringe Abbrecherquote, was bestätigt, dass Betreuung und Lehrangebot überzeugen, obwohl das Betreuungsverhältnis gemessen am Betreuungs- und Prüfungsaufwand als schlecht beschrieben wird.

3.1 Seit der letzten externen Evaluierung eingetretene wesentliche Veränderungen und ergriffene Maßnahmen

Eine für das Studium relevante Innovation ist die Schaffung der Professur „Politische Soziologie und Methoden“, die explizit auch mit Blick auf die Lehre des „Politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland“ ausgeschrieben und besetzt wurde. Mit der geschickten Kombination der Denomination und erfolgreichen Besetzung wurde der Aufforderung des letzten Gutachtens nachgekommen, die Lehre im Bereich „Politischstes System der Bundesrepublik Deutschland“ zu stärken und gleichzeitig der bestehenden fachlichen Lücke im Bereich Soziologie zumindest etwas entgegenzusetzen. Für den Anspruch eines kleinen Standorts, ein umfassendes Lehrangebot in Politikwissenschaft zu bieten, ist dies eine pragmatische und überzeugende Lösung.

Mit der grundlegenden Reform 2019 wurde der Bereich „Optionale Studien“ in den späteren Studienabschnitt verschoben. Diese Schiebung ist sinnvoll, vor allem auch, um für Studierende die Möglichkeiten für ein Auslandsstudium zu erweitern. In der Beratung kann vor allem das Auslandsamt stärker darauf verweisen, dass durch das Studieren der Kurse im Optionalen Bereich auch ohne Zeitverlust Auslandssemester studierbar sind. Sinnvoll ist auch, dass eine Fachvertiefung in diesem Bereich möglich ist. Weiterhin positiv hervorzuheben ist die Verschiebung der „Einführung in die empirische Politikwissenschaft“ in das 2. Fachsemester (BA), was eine frühere Methodenausbildung ermöglicht. Im MA stehen Reformen noch aus, sind aber in Vorbereitung.

Der personelle Zuwachs in der Politikwissenschaft war seit der letzten Begutachtung nur zeitweise gegeben, das Fach prognostiziert bereits für das Wintersemester 2024/25 Versorgungsengpässe, die nicht zuletzt die zentralen „pull“ Faktoren für Studierende betreffen, nämlich die familiäre Studienatmosphäre und Möglichkeiten einer umfassenden politikwissenschaftlichen Ausbildung mit der Option

der individuellen Schwerpunktsetzung. Was die personelle Ausstattung angeht, bestehen also weiterhin Lücken, die durch hohes Engagement und z.T. den Einsatz privater Mittel, z.B. für Mobilität oder sozial-begleitende Zusatzangebote, ausgeglichen werden.

3.2 Qualifikationsziele, Profil und Abschlussniveau

Der *BA-Politikwissenschaft* ist ein wissenschaftlich ausgerichteter Vollzeit Studiengang, der in sechs Fachsemestern zu einem ersten Studienabschluss führt. Insgesamt ist der Studienverlauf durch die Reform von 2019 „sortierter“ mit klar erkennbaren einführenden inhaltlichen Modulen (1, 2 im ersten, 4 im zweiten, 6 im dritten Semester und, bereits aufbauend, 7 im vierten Fachsemester), einführenden methodischen Modulen (1, 3, 5) und, besonders überzeugend, anwendungsbezogenen Modulen zur Forschungspraxis (8 Vergleichende, 9 IB) in den späteren Semestern, die ebenfalls auf die Abschlussarbeit vorbereiten. Das Curriculum bietet sowohl inhaltlich einen umfassenden fachlichen Überblick (Regierungslehre, Ideengeschichte, Politische Theorie, Internationale Beziehungen und Vergleichende Politikwissenschaft) als auch eine semesterübergreifende Methodenausbildung, die nicht zuletzt für die berufliche Qualifizierung von Relevanz ist. Durch die vorausschauende Denomination der Lehrstühle gelingt es, ein breites Spektrum politikwissenschaftlicher Teildisziplinen abzudecken. Gleichzeitig wird auch deutlich, dass das ambitionierte und umfassende Angebot nur durch die bestehende enge Kooperation der Lehrenden möglich ist und dass bereits beim Wegfall einer einzigen Professur das Studium nicht mehr gewährleistet werden könnte.

Der *MA-Politikwissenschaft* ist ein wissenschaftlich orientierter Vollzeitstudiengang, der in der Ordnung von 2013 studiert wird. Im Vergleich zum BA sind die inhaltlichen Module noch weniger pointiert und übersichtlich. Klar und von einschlägig einführendem Charakter erscheinen die Module „Internationale Beziehungen“ und „Vergleichende Politikwissenschaft“, nicht so leicht eingänglich ist die Bezeichnung „Theorien politischer Institutionen und Verfahren“; vertiefenden Charakter haben die Module „Aktuelle Kontroversen der Politischen Theorie und Ideengeschichte“ wie auch „Globalisierung“. Sinnvoll erscheinen die über zwei Semester laufenden Methodenmodule, sowie der optionale Bereich und das Praktikum zum Erwerb berufsrelevanter Einblicke. Mit 30 LP wiegt die Benotung der Masterarbeit relativ schwer. Schriftliche Reformpläne lagen bei der Begehung in groben Umrissen vor und wurden offen diskutiert. Die Vorstellung, die besonderen Stärken des Standorts im MA sichtbar zu machen, indem aus den verschiedenen Teildisziplinen, die durch die Lehrstühle vertreten werden, individuelle Studienvarianten zu ermöglichen, erscheint prinzipiell interessant und vor allem eine Möglichkeit, Studierende aus dem BA zu halten. Wie alle MA-Studiengänge steht der MA vor der Herausforderung, Inhalte aus dem BA nicht zu doppeln, aber gleichzeitig Studierenden, die den BA nicht in Greifswald absolviert haben, einen Zugang zu garantieren – ohne dabei administrativ kaum umsetzbare Zugangsvoraussetzungen oder Wahloptionen zu schaffen. Dies geschieht vor dem Hintergrund der bereits beschriebenen fallenden Zahl von MA Studierenden insgesamt. Die Strategie, BA-Studierende möglichst zu halten, ihnen individuelle Schwerpunktsetzungen zu ermöglichen und diese ggf. auch auf berufsbegleitende Angebote auszuweiten, erscheint eine lohnenswerte, obschon anspruchsvolle Option. Eine andere Strategie ist, für Studierende, die wenig politikwissenschaftliches Vorwissen haben, BA-Module zu öffnen. Beide Strategien, also die Vertiefung des eigenen oder vergleichbarer BA in Politikwissenschaft *oder* die Angebotserweiterung für Studierende mit wenig politikwissenschaftlichem Vorwissen, sind nur mit besonderen Bemühungen parallel zu verwirklichen, da sie in Zulassung und Betreuung administrativ anspruchsvoll und mit dem bestehenden Personal nicht leicht, wenn überhaupt zu bewältigen sind.

Aus den Gesprächen wurde erkennbar, dass tatsächlich eine enge Betreuung auch der Abschlussarbeiten stattfindet, die sich jedoch nicht im Curriculum abbildet. Die Einführung von begleitenden Abschlusskolloquien, die diese Betreuungsleistung, vor allem durch Mitarbeiter*innen, anrechenbar macht, auch Studierende mit weniger Eigeninitiative ebenfalls an eine strukturierte Betreuung heranführt und das Lernen in der Abschlussphase unter den Studierenden fördert, erscheint vor allem für anstehende Reformen des MA unbedingt empfehlenswert. Kolloquien sind klassisch Lehrformate, die auch unbenotet angeboten werden können, was die Prüfungslast reduzieren würde.

3.3 Schlüssigkeit des Studiengangkonzepts und Studierbarkeit

Der BA kann mit einer Vielzahl von Fächern kombiniert werden, was prinzipiell attraktiv ist. Nicht alle Kombinationen sind gleich gut studierbar. Während die Koordination mit Fächern aus der eigenen Fakultät sehr gut zu laufen scheint, ist vor allem die, von außen zunächst sehr attraktiv wirkender Kombination mit Öffentlichem Recht nicht gut umsetzbar und hat hohe Abbrecherquoten, bzw. wechseln Studierende das Nebenfach. Probleme sind auf der einen Seite organisatorische (zeitliche überlappende Lehrveranstaltungen), was die praktische Studierbarkeit betrifft, und auf der anderen Seite tiefergreifende inhaltliche (Ausgestaltung und Verständlichkeit der Lehrveranstaltungen). Ein zweites Problem wirft umfassendere Fragen der fakultätsübergreifenden Kooperation auf, welche letztlich außerhalb des Gestaltungsrahmens des IPK liegen und gesamtuniversitäre Koordination, Entscheidungen und Prozesse erfordern (s. 3.5). Eine weitere Problematik des BA ergibt sich in der Einführung in wissenschaftliches Arbeiten. So wird dies in den methodischen Veranstaltungen in frühen Semestern vermittelt und zum Ende des Studiums werden optionale Seminare zur Vorbereitung auf Abschlussarbeiten angeboten. Hier gilt es zu überlegen, insbesondere aufgrund der engen Abgabefristen für Hausarbeiten, bereits in frühen Semestern eigenständige Kurse allein zu politikwissenschaftlichen Arbeitsweisen anzubieten.

Der MA ist weniger stark nachgefragt. Die im Selbstbericht ausgeführten Reformvorüberlegungen, die im mit großem Gewinn im Austausch mit Studierenden entwickelt wurden, erscheinen im Ansatz sinnvoll. Es bleibt eine Herausforderung, Lösungen zu finden, um bei sinkendem Studierendeninteresse an MA-Programmen (Sinkende Studierendenzahl insgesamt und verstärkte Abwerbung vom Arbeitsmarkt), MA-Programme attraktiv zu halten. Da bereits in der Abschlussphase des BA viele Studierende eine Anstellung annehmen und z.T. nicht mehr in Greifswald ansässig sind, erscheinen Überlegungen zur Flexibilisierung und zumindest teilweisen berufsbegleitenden Lehre sinnvoll, sind jedoch anspruchsvoll und ggf. mit einem zusätzlichen Ressourcenaufwand verbunden.

Studierende beklagen sehr strikte und unflexible Abgabefristen, die sich z.T. zu bestimmten Terminen häufen. Fristen können nicht vom IPK „dezentral“ geändert werden. Auf eine Flexibilisierung der Fristen hinzuwirken. Auch besteht der Wunsch der Studierenden, die Prüfungslast insgesamt zu reduzieren. Allein auf Grundlage der Studienverlaufspläne erscheinen die Ordnungen ein übliches Maß an Prüfungen vorzusehen. Da ein aktiver Dialog zwischen Studierenden und Lehrenden besteht, ist die Frage, inwieweit ausgewählte Module unbenotet oder mit einer veränderten Prüfungsform angeboten werden könnten, ein potentiell Thema zur gemeinsamen Verbesserung der Curricula (falls die Landesgesetzgebung solche LP-Vergabe ohne Prüfungsleistungen zulässt).

3.4 Vorbereitung auf Beruf oder weiterführendes Studium

Der BA bereitet durch die ausgleichende Kombination einer mehrstufigen Methodenausbildung und politikwissenschaftlichen Inhalten gut auf den Arbeitsmarkt vor. Die Kombinationsmöglichkeiten erlauben es überdies, individuelle Schwerpunkte zu setzen. Insgesamt qualifiziert der BA so für sozialwissenschaftliche MA-Programme, vor allem mit politikwissenschaftlichem Schwerpunkt und m.E. für

angrenzende Bereiche (wichtig ist hier die mögliche Schwerpunktsetzung im Optionalen Bereich). Der BA qualifiziert laut einer Befragung der Absolvent*innen gut für den Arbeitsmarkt, was durch sehr gute Vermittlung in den Arbeitsmarkt bestätigt wird (90 Prozent innerhalb eines halben Jahres nach Abschluss). Ein berufsbezogenes Praktikum ist curricularer Bestandteil des MA aber nicht des BA, was sich jedoch in Anbetracht der sehr guten Vermittlungsquote in den Arbeitsmarkt als nicht nachteilhaft auszuwirken scheint. Im Detail ist festzuhalten:

Der Abschluss des Bachelorteilstudiengangs Politikwissenschaft bzw. des Masterstudiengangs in Greifswald qualifizieren für eine Arbeit im Berufsfeld. Beide Abschlüsse ermöglichen Tätigkeiten in fast allen Bereichen der Wirtschaft, Gesellschaft, in Medien und in der Politik. Mit dem „BachelorPlus“ unternimmt die Universität den Vorstoß, die Studierenden für Auslandsaufenthalte zu motivieren. Dabei wird im Rahmen dieses Programms die reguläre Dauer des Bachelorstudiums um ein zusätzliches Jahr für einen Auslandsaufenthalt erweitert. Dennoch besteht weiteres Potential, wenn es um Auslandsaufenthalte von Greifswalder Studierenden bzw. Aufenthalte internationaler Studierender in Greifswald geht. Gerade weil die hemmenden Gründe vorwiegend curricularer Natur zu sein scheinen, bieten sich intensivere Planungen/Abstimmungen mit (zunächst) einzelnen Universitäten an. Daraus kann ein leichter Weg ins Ausland bzw. nach Greifswald folgen. Ein Vorteil dieses Vorgehens ist es, dass die knappen personellen Ressourcen geschont werden und die Beziehungen dennoch intensiver gepflegt werden können. Weiterhin könnten auch wirtschaftliche Verbindungen zu berufspraktischen Zwecken (im Ausland) gezielt aufgebaut werden. Dabei können öffentlich bekannte, strukturierte Entwicklungspfade ins Ausland und in die Wirtschaft ein Element sein, um die Attraktivität des Studienortes zu steigern.

Alles in allem, werden die Studierenden der Politikwissenschaft in Greifswald gut auf ihre praktischen Tätigkeiten vorbereitet. Auch, weil in den Rahmenstudienplänen Zeiträume für Praktika integriert sind. Erstaunlicherweise ist laut Reflexionsbericht der Berufspraxisbezug für Studierende weniger ersichtlich als für Absolventen. Die Dozierenden können glaubhaft darlegen, welche vielfältigen Praxisbezüge bestehen. Diese weiter zu stärken und kommunikativ deutlicher herauszustellen, kann sich positiv auf die Wahrnehmung praxisrelevanter Inhalte auswirken. Die Einbindung von Vertreterinnen und Vertretern aus der nicht-wissenschaftlichen Berufssphäre in Lehrveranstaltungen ist eine Möglichkeit, um eine Verbindung zwischen universitärem Alltag und der späteren Berufspraxis herzustellen. Die Folgen einer stärkeren berufspraktischen Wahrnehmung der Studierenden könnten eine noch höhere Motivation und bessere Lernerfolge sein. Auch außerhalb des Lehrkontextes besteht für den Studienort Greifswald eine große Chance darin, die berufspraktischen Verbindungen (zwischen Studierenden und potentiellen Arbeitgebern) weiter auszubauen. Denn gerade, wenn viele Absolventinnen und Absolventen in Mecklenburg-Vorpommern gehalten werden sollen, braucht es eine exzellente regionale Verzahnung von Forschenden, Studierenden und potentiellen Arbeitgebern. Der Alumni-Verein ist ein erfolgreiches Beispiel für das innovative Engagement des Instituts, um beruflich erfolgreiche Absolventen und Studierende zusammenzubringen. Die Aktivitäten des Vereins sollten weiter gepflegt und ausgebaut werden.

Hervorzuheben sind ebenso die finanziellen und organisatorischen Bedürfnisse der Studierenden (Studiendauer und damit verbundene Lebenshaltungskosten). Denn die Vertretenden der Studierendenschaft legten implizit dar, welche gesellschaftliche Bedeutung der Studienort Greifswald hat. Als Universität in einer kleinen Stadt, mit verhältnismäßig geringeren Lebenshaltungskosten, bietet sie Menschen aus allen sozialen Lagen gute Chancen auf eine universitäre Ausbildung. Daher sollte jegliche Weiterentwicklung auch die „besonderen Lebensumstände“ der Studierendenschaft in der Hanse- und Universitätsstadt berücksichtigen.

3.5 Hinweise auf formale Mängel der Studiengangsgestaltung

Formale Mängel sind per se in den Studienordnungen nicht sichtbar. Allerdings scheinen an einigen Stellen vom IPK allein nicht änderbare Kontextbedingungen in der Praxis strukturelle Probleme zu verursachen. Vor allem von Vertreter*innen des Mittelbaus wurde auf die ungeklärter Personallage bei der Abnahme von Prüfungen verwiesen. Inwieweit dieses Problem durch (geringe) zusätzliche Mittel (konkret: Finanzmittel zur Bezahlung von Beisitzer*innen) gelöst werden kann, scheint für eine nachhaltige Lösung wichtig (s. oben, Wegfall der Wohnsitzprämie). Dieser Missstand ist dringend zu klären, da er eine extreme Belastung für Studierende und vor allem Lehrende aus dem Mittelbau darstellt.

In der Kombinierbarkeit der Fächer erscheint die fakultätsübergreifende Kooperation schwierig, vor allem die Kombination mit öffentlichem Recht zieht zwar Studieninteressierte nach Greifswald, wird aber meist bald wieder abgewählt. Idealerweise wären einführende Angebote für fachfremde Studierende notwendig, um fakultätsübergreifend Lehrexporte sinnvoll einzubinden. Inwieweit mittel- und langfristig solche Angebote vor allem in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften entwickelt werden können, um ggf. universitätsweit fakultätsübergreifende Lehrexporte zu auch in der Lehrpraxis zu ermöglichen, geht über diese Begutachtung hinaus, ist aber für die zukünftige Ausgestaltung des BA-Politikwissenschaft durchaus von Belang, da gerade die Kombinationen mit den Sozialwissenschaften für Studierende attraktiv sind. Bisher basieren Kooperationen mit Jura und der BWL i.d.R. auf Kontakten zwischen Einzelpersonen, was nur m.E. ermöglicht, fest verankerte fakultätstypische Lehrpraxis und Kursangebote nachhaltig für Studierende im Nebenfach zu öffnen.

Die politikwissenschaftlichen Studiengänge sind formal sozialwissenschaftliche Studiengänge, jedoch sind sie fest in der Philosophischen Fakultät verankert. Dementsprechend sind Lehrformate und Betreuungsrelationen eher den Geistes- als den Sozialwissenschaften entsprechend. Dies ist absolut sinnvoll. Die Politikwissenschaft ist am Standort Greifswald attraktiv, weil sie sich von anderen Universitäten mit Politikwissenschaft als „Massenstudiengang“ absetzt und sichtbar ein sehr individuell gestaltbares und dennoch umfassendes politikwissenschaftliches Studienangebot bietet. Dies bedeutet allerdings strukturell, dass der Erfolg der Politikwissenschaft von diesem höheren Kapazitätsbedarf (orientiert an Geistes- und nicht den Sozialwissenschaften) abhängt und dies in Kapazitätsberechnungen Beachtung finden muss, damit nicht dauerhaft formal der Zustand einer unterkapazitären Auslastung besteht, der implizit auch kleinere notwendige Ressourcenbereitstellungen (Lehraufträge, Prüfungsbeisitze etc.) immer wieder als eigentlich nicht abbildbare Zusatzausgaben zum Problem macht.

4 Empfehlungen

Zu den Rahmenbedingungen:

Die generelle Unterfinanzierung der Universität Greifswald und der damit einhergehende Mangel an Ressourcen und insbesondere Stellen sei hier bemerkt, kann aber kaum in konkrete Empfehlungen münden, da seitens Universitäts-, Fakultäts- und Institutsleitung nachvollziehbar dargestellt wurde, dass die allgemeinen Sparzwänge unumgänglich sind. Die Empfehlungen beziehen sich daher auf Spezifika.

- Anzustreben ist eine gezielte Verbesserung der Software-Ausstattung für die studentische Nutzung in den PC-Pools.
- Bibliotheksmittel: Ausbau der Lizenzen insbesondere für internationale Fachzeitschriften
- Anzuraten ist eine Intensivierung des Studiengangsmarketings (auch in Richtung Social Media), um auf zurückgehende Studierendenzahlen proaktiv reagieren zu können.
- Eine Erhöhung der Sachmittel (wenigstens mehr Reise- und Tagungskosten für Mitarbeiter*innen, mehr Mittel auch für Exkursionen und Gastvorträge) wäre höchst wünschenswert.
- Für gewissen Posten, die bisher durch die Wohnsitzprämie finanziert wurden (v.a. Tutorien und Prüfungsbeisitze) sind Finanzierungslösungen zu finden.
- Zu überlegen gestellt wird, ob Möglichkeiten für ein Teilzeitstudium geschaffen oder intensiviert werden.
- Angeregt wird, das Mentoringprogramm für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen auszubauen und Ähnliches auch für Studentinnen zu implementieren.
- Die Bemühungen in Richtung einer stärkeren Internationalisierung sollten intensiviert werden; insbesondere könnten weitere Erasmuspartnerschaften angestrebt werden.
- Alumnibefragungen sollten weiterhin jährlich 1,5 Jahre nach Studienabschluss stattfinden, da es wichtige Daten über die Qualität und mittelfristige Zufriedenheit mit dem Studium bietet, eine Erweiterung um eine zweite Abfrage nach 5 Jahren wäre in diesem Sinne wünschenswert.
- Das Engagement der beiden Fachbereiche im Rahmen von Alumni-Netzwerken ist positiv hervorzuheben, notwendige Mittel hierfür sollten weiter sichergestellt werden, zu prüfen ist, inwieweit eine engere Verknüpfung mit den zentralen Alumni-Aktivitäten der Hochschule sinnvoll ist.
- Dringende Notwendigkeit besteht im Bereich der psychosozialen Beratung, deren Kapazitäten bei weitem nicht der studentischen Nachfrage entsprechen
- Eine Erweiterung der gut etablierten Gleichstellungskonzepte auf ein umfassendes Diversity-Management ist eine notwendige Weiterentwicklung
- Verringerung der Prüfungslast, um sowohl Studierende als auch Mitarbeitende zu entlasten ist die Anzahl der Studienleistungen zu überdenken.
- Ein Hinwirken auf die Universität Greifswald, um die übergeordnete Abgabefrist von 4 Wochen zu verändern.

Zur Weiterentwicklung des BA Kommunikationswissenschaft und des MA Organisationskommunikation:

- Das Gutachtergremium ermuntert alle Beteiligten nachdrücklich, den vielversprechenden Weg zur Neugestaltung des Bachelorstudiengangs intensiv weiterzuverfolgen und konsequent umzusetzen.

- Um bessere Voraussetzungen zu schaffen, eine stärkere Internationalisierung des Bachelor- wie auch des Masterstudiengangs zu erreichen und auch mehr Institutspartnerschaften anbahnen, mehr Austauschstudierende attrahieren und damit auch den Greifswalder Studierenden mehr Möglichkeiten offerieren zu können, Auslandssemester zu verbringen, sollte versucht werden, regelmäßig einige Lehrveranstaltungen auf Englisch anzubieten.
- Das spezifische Praxisverständnis der Greifswalder Kommunikationswissenschaft könnte im Modulhandbuch klarer vermittelt werden – und es wird angeregt, im derzeit laufenden Reformprozess des Studiengangs eine berufspraktische Orientierung stärker in den Fokus zu rücken, um studentischen Erwartungen klarer zu entsprechen.

Zur Weiterentwicklung des BA und des MA Politikwissenschaft:

- Insgesamt ist eine Flexibilisierung der Abgabefristen für Seminararbeiten erstrebenswert, außerdem ist zu prüfen, ob Optionen zur Reduktion der Prüfungslast insgesamt bestehen.
- In der Beratung erscheint eine (niederschwellige) Verständigung zwischen Studiengangfachberater*innen und dem Prüfungsamt sinnvoll, da scheinbar die Möglichkeit, auch ohne Zeitverlust ein Auslandsstudium zu absolvieren, m.E. unterschiedlich eingeschätzt wird.
- Prüfung, ob die Lehre, trotz sicher anfänglicher Zurückhaltung einiger Studierender, auch z.T. verstärkt auf Englisch angeboten werden kann, um Greifswald für internationale Studierende attraktiver zu machen und auch so die Internationalisierung der eigenen Studierenden (und deren Berufsqualifizierung) weiter zu fördern.
- Das Angebot von Kolloquien oder ähnlichen Lehrveranstaltungen zur Begleitung von Abschlussarbeiten sollte auch curricular verankert werden (vor allem im MA).
- Die angestrebten Reformen des MA sollten weiter vorangetrieben werden, wobei zwei z.T. gegensätzliche Strategien denkbar sind (Vertiefung des bestehenden BA oder Öffnung des MA für nicht direkt vergleichbare BA-Absolvent*innen). Der Ansatz des IPK, vor allem auf die Bindung von BA-Absolvent*innen aus Greifswald (oder ähnlich strukturierter BA-Programme) zu setzen und diese ggf. durch eine Flexibilisierung des MA-Studiums zu halten, ist vorzüglich weiterzuverfolgen.

Eine eigenständige Einführungsveranstaltung in Arbeitstechniken der Politikwissenschaften zu Beginn des BA-Studiums scheint überlegenswert.

5 Fazit

Am Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft wird Bemerkenswertes geleistet. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen am Standort Greifswald gelingt es, gute Studienbedingungen zu gewährleisten. Dies wird durch die sehr positive Resonanz der Studierenden deutlich, die sich alles in allem mit den Gegebenheiten zufrieden zeigten und als Probleme hauptsächlich Regelungen benannten, die nicht durch das IPK veränderbar sind (Kombinationsfach öffentliches Recht oder die Abgabefristen für Hausarbeiten). Alle Studiengänge sind gut ausgelastet; von einer anhaltend guten Nachfrage ist auszugehen.

Die Studienprogramme sind klar und mit sinnvollem Bezug auf die Studiengangsziele strukturiert; die Studien- und Fachprüfungsordnungen sind (bis auf marginale, oben angesprochene Desiderata) den Qualitätsanforderungen entsprechend abgefasst. Das Prüfungssystem ist adäquat zu den Lehrinhalten und -zielen gestaltet und wirkt insgesamt angemessen. Die Lehrenden sind seitens der Studierenden stets gut erreichbar, das Evaluationswesen ist gut entwickelt und wird umfassend eingesetzt. Etwas höhere Anstrengungen wären im Bereich der Internationalisierung wünschenswert, doch stoßen sie an enge Grenzen durch Standortnachteile und die jetzt schon teils sehr große Belastung der Lehrenden.

Alles in allem kann allen hier evaluierten Studiengängen uneingeschränkt attestiert werden, dass sie gut studierbar sind.

Möglich ist dies – neben der klaren Struktur der Programme – vor allem durch das beeindruckend große Engagement der Lehrenden. Sie beraten die Studierenden, wie in den Gesprächen mit den verschiedenen Akteursgruppen sehr deutlich wurde, umfassend, sind gut erreichbar und bieten ein interessantes und im Rahmen der Möglichkeiten vielfältiges, an den Studiengangszielen orientiertes Lehrangebot.

Um dies auch weiterhin und auf Dauer zu gewährleisten und die Kolleginnen und Kollegen nicht zu demotivieren oder zu überlasten, wäre eine bessere Ressourcen-Ausstattung wünschenswert; doch wollen wir nicht in Wunschdenken verfallen, sondern gemäß unserem Prüfauftrag abschließend nochmals feststellen, dass die fachlich-inhaltliche Qualität der vom IPK verantworteten Studienangebote hoch ist.

Es überzeugt auch, dass die Kolleginnen und Kollegen sich keineswegs auf dem Erreichten ausruhen, sondern bemüht sind, die Studiengänge in einem stetigen Reformprozess qualitätsorientiert weiterzuentwickeln.